

Studien- und Prüfungsordnung für den Elite-Masterstudiengang Integrated Immunology (ilimmune) an der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU)

– FPO ilimmune –
Vom 13. Februar 2026

Aufgrund von Art. 9 Satz 1 i. V. m. Art. 80 Abs. 1 Satz 1, Art. 84 Abs. 2 Satz 1, Art. 86 Abs. 3 Satz 4, Art. 88 Abs. 9, Art. 90 Abs. 1 Satz 2, Art. 96 Abs. 3 Bayerisches Hochschulinnovationsgesetz (**BayHIG**) vom 5. August 2022 in der geltenden Fassung erlässt die FAU folgende Studien- und Prüfungsordnung:

Inhaltsverzeichnis:

I. Teil: Allgemeine Bestimmungen	2
Präambel	2
§ 1 Geltungsbereich, Zweck der Masterprüfung	2
§ 2 Personenbezogene Daten, Kommunikation	2
§ 3 Qualifikation zum Masterstudium, Zugangsvoraussetzungen	3
§ 4 Zugang zum Studiengang für ausländische Bewerberinnen und Bewerber	3
§ 5 Akademischer Grad	4
§ 6 Struktur des Masterstudiengangs und der Prüfungen, Regelstudienzeit und Studienbeginn, Unterrichts- und Prüfungssprache	4
§ 7 ECTS-Punkte	5
§ 8 Modularisierung, Studienbegleitende Leistungsnachweise, Freiwillige Zwischenprüfungen	5
§ 9 Prüfungsfristen, Fristversäumnis	6
§ 10 Prüfungsausschuss	7
§ 11 Prüfende und Beisitzerinnen und Beisitzer, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht	8
§ 12 Bekanntgabe der Prüfungstermine und der Prüfenden, Anmeldung und Rücktritt	9
§ 13 Anerkennung und Anrechnung von Kompetenzen	10
§ 14 Folgen eines verspäteten Rücktritts, Täuschung, Ordnungsverstoß, Ausschluss von der weiteren Teilnahme	11
§ 15 Entzug akademischer Grade	13
§ 16 Mängel im Prüfungsverfahren	13
§ 17 Anwesenheitspflicht	13
§ 18 Nachteilsausgleich	14
§ 19 Schriftliche Prüfung, Antwort-Wahl-Verfahren	15
§ 20 Mündliche Prüfung	16
§ 21 Elektronische Prüfung in Präsenz	16
§ 22 Bewertung der Prüfungen, Notenstufen, Gesamtnote	17
§ 23 Wiederholung von Prüfungen; Modulwechsel	18
§ 24 Zusatzmodule	18
§ 25 Ungültigkeit der Prüfung	19
§ 26 Einsicht in die Prüfungsakten	19
§ 27 Zeugnis, Transcript of Records, Diploma Supplement, Grade distribution table, Urkunde	19
§ 28 Bescheinigung über endgültig nicht bestandene Prüfung	20
II. Besondere Vorschriften:	20
§ 29 Zulassungsvoraussetzungen für die Prüfungen	20
§ 30 Masterprüfung	20
§ 31 Master Thesis	21

III. Übergangs- und Schlussvorschriften	23
§ 32 Inkrafttreten, Übergangsvorschriften.....	23
IV. Teil: Anlagen	24
Anlage 1: Qualifikationsfeststellungsverfahren gemäß § 2.....	24
Anlage 2: Studienverlaufsplan für den Masterstudiengang (MSc) "Integrated Immunology"	27

I. Teil: Allgemeine Bestimmungen

Präambel

Im Rahmen des Elitenetzwerks Bayern (ENB) bieten die Naturwissenschaftliche und die Medizinische Fakultät der FAU einen Elite-Masterstudiengang auf dem Gebiet Immunologie an.

§ 1 Geltungsbereich, Zweck der Masterprüfung

(1) Diese Studien- und Prüfungsordnung regelt das Studium und die Prüfungen im Elite-Masterstudiengang Integrated Immunology (iImmune) mit dem Abschlussziel des Master of Science.

(2) ¹Der Master of Science ist ein weiterer berufs- und forschungsqualifizierender Abschluss des Studiums; der Elite-Masterstudiengang ist forschungsorientiert. ²Durch die Masterprüfung wird festgestellt, ob die Studierenden selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden arbeiten können und die für eine Promotion bzw. einen Übergang in die Berufspraxis notwendigen Fachkenntnisse und Fertigkeiten erworben haben.

§ 2 Personenbezogene Daten, Kommunikation

(1) ¹Die FAU erhebt und verarbeitet für das Studium und die Prüfungen relevante personenbezogene Daten der Studierenden zur Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben. ²Hierzu zählen neben den personenbezogenen Daten i. S. d. Art. 87 Abs. 2 Satz 1 BayHIG vor allem Daten zum Studien- und Prüfungsverlauf, welche – in unterschiedlichem Umfang – insbesondere für die Vergabe von Plätzen in Lehrveranstaltungen sowie Themen für Projekt- und Abschlussarbeiten von Bedeutung sind. ³Dabei dürfen insbesondere diejenigen Daten abgefragt werden, die die FAU im Rahmen des § 3 Abs. 1 der Satzung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) über die Immatrikulation, Rückmeldung, Beurlaubung und Exmatrikulation (ImmaS) in der jeweils geltenden Fassung bereits erhoben und verarbeitet hat sowie solche Daten, die der FAU im Rahmen der Nutzung der Portale zur Bewerbung sowie zur Prüfungs- und Studienverwaltung bereits vorliegen und die für die Erfüllung der Aufgaben als Prüfungsbehörde erforderlich sind (insbesondere Lebenslauf inkl. Lichtbild sowie Leistungsübersichten). ⁴Näheres zu den spezifischen Vergabe-Verfahren für Plätze in Lehrveranstaltungen sowie Themen für Projekt-/Studien- und Abschlussarbeiten wird ortsüblich bekannt gemacht. ⁵Die gesetzlichen Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten bleiben unberührt.

(2) Hinsichtlich der Kommunikation in Bezug auf das Studium und die mit der Mitgliedschaft an der FAU einhergehenden Rechte und Pflichten der Studierenden wird auf die Geltung von § 3 Abs. 2 ImmaS ausdrücklich hingewiesen.

§ 3 Qualifikation zum Masterstudium, Zugangsvoraussetzungen

(1) ¹Qualifikationsvoraussetzung zum Elitemasterstudium ist ein mit überdurchschnittlichem Erfolg abgeschlossenes einschlägiges Studium. ²Diese Qualifikation zum Elite-masterstudium wird nachgewiesen durch ein Zeugnis über

1. einen ersten berufsqualifizierenden in Bezug auf den Masterstudiengang fachspezifischen oder fachverwandten Abschluss einer Hochschule bzw. einen sonstigen gleichwertigen im Hinblick auf die Qualifikation nicht wesentlich unterschiedlichen in- oder ausländischen Abschluss und
2. das Bestehen des Qualifikationsfeststellungsverfahrens gemäß **Anlage 1**.

³Als fachspezifische Abschlüsse i. S. d. Satz 1 Nr. 1 werden Bachelorabschlüsse aus den Bereichen der Biologie und Integrated Life Sciences sowie Bachelorabschlüsse in Biomedizin und Molekularer Medizin anerkannt, soweit in ihnen den vorgenannten Abschlüssen entsprechende Fachkenntnisse im Umfang von mindestens 90 ECTS-Punkten vermittelt wurden. ⁴Als fachverwandte Abschlüsse i. S. d. Satz 1 Nr. 1 werden Abschlüsse von mit den Abschlüssen in Satz 3 genannten vergleichbaren Studiengängen (insbesondere Biowissenschaften oder Molekulare Biologie) anerkannt, soweit in ihnen Fachkenntnisse i. S. d. Satz 3 im Umfang von mindestens 80 ECTS-Punkten vermittelt wurden. ⁵Weiterhin wird als fachverwandter Abschluss i. S. d. Satz 1 Nr. 1 ein erfolgreicher Abschluss des Dritten Abschnitts der Ärztlichen Prüfung für Humanmediziner gemäß der Approbationsordnung für Ärzte (**ÄAppO**) sowie ein erfolgreicher Abschluss der Tierärztlichen Prüfung gemäß der Verordnung zur Approbation von Tierärztinnen und Tierärzten (**TAppV**) anerkannt.

(2) ¹Die Abschlüsse nach Abs. 1 Nr. 1 dürfen hinsichtlich der Qualifikation keine wesentlichen Unterschiede zu den fachspezifischen Abschlüssen nach Abs. 1 Satz 3 aufweisen. ²Sind ausgleichsfähige Unterschiede gegeben, kann der Prüfungsausschuss den Zugang unter der Bedingung aussprechen, dass zusätzliche vom Prüfungsausschuss festzulegende Leistungen im Umfang von bis zu maximal 20 ECTS-Punkten spätestens innerhalb eines Jahres nach Aufnahme des Masterstudiums nachzuweisen sind. ³Der Zugang wird unter Vorbehalt gewährt; im Falle des nicht rechtzeitigen Nachweises erfolgt die Exmatrikulation.

(3) ¹Abweichend von Abs. 1 Nr. 1 können Bewerberinnen und Bewerber zum Masterstudium zugelassen werden, wenn sie in einem einschlägigen Bachelorstudiengang immatrikuliert sind und mindestens 140 ECTS-Punkte in einem Studium nach Abs. 1 Satz 3 bzw. 4 erreicht bzw. den Zweiten Abschnitt der Ärztlichen Prüfung bzw. die Tierärztliche Vorprüfung i. S. d. Abs. 1 Satz 5 erfolgreich abgeschlossen haben. ²Der Nachweis über den bestandenen Abschluss ist nach Maßgabe des jeweiligen Zugangsbescheids spätestens innerhalb eines Jahres nach Aufnahme des Masterstudiums nachzureichen; die förmliche Aufnahme des Masterstudiums setzt den Abschluss des ersten berufsqualifizierenden Studiums voraus. ³Der Zugang zum Masterstudium wird unter Vorbehalt gewährt; im Falle des nicht rechtzeitigen Nachweises erfolgt die Exmatrikulation.

§ 4 Zugang zum Studiengang für ausländische Bewerberinnen und Bewerber

(1) ¹Zur Sicherstellung der hinreichenden Qualifikation aller Studierenden und Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Qualifikationsfeststellungsverfahrens sowie eines sich daran anschließenden ordnungsgemäßen Studienbetriebs werden

Bewerbungen von ausländischen Bewerberinnen und Bewerbern, deren Staatsangehörigkeit nicht einem Unterzeichnerstaat der Lissabon-Konvention unterfällt und für die auch kein Ausnahmetatbestand im Sinne des Art. 13 Abs. 3 Satz 2 **BayHIG** gilt, aufgrund von Art. 9 Satz 1 **BayHIG** nur in das Qualifikationsfeststellungsverfahren nach § 2 i. V. m. Anlage 1 einbezogen, wenn die Bewerbung die nachfolgenden Kriterien erfüllt bzw. Nachweise enthält:

1. der Erstabschluss im Sinne des § 2 Abs. 1 muss an einer Hochschule erworben sein, die gemäß der anabin-Datenbank mit dem Status H+ gekennzeichnet/bewertet ist,
2. einen oder mehrere Nachweise über Fachkenntnisse in Form eines „Graduate Record Examination (GRE)“, oder vergleichbarer standardisierter Testverfahren (insbesondere bspw. Nachweis des „Graduate Aptitude Test in Engineering“ (GATE) im Falle von Bewerberinnen und Bewerbern aus Indien).

²Die Zugangskommission führt eine Liste mit den anerkannten alternativen Testverfahren im Sinne des Satz 1 Nr. 2 Alt. 2 und gibt diese spätestens zum Bewerbungsstart auf der Homepage des Studiengangs bekannt. ³Die Zugangskommission gibt darüber hinaus die für den erfolgreichen Nachweis jeweils benötigten Grenzwerte des jeweiligen Tests bekannt, die sie in Abhängigkeit von der regelmäßigen Neuausrichtung des Tests durch den jeweiligen Veranstalter für den jeweiligen Bewerbungsdurchlauf festlegt. ⁴Sofern ein noch gültiger Test aus einem vorherigen Prüfungszyklus des Testanbieters vorgelegt wird, gilt der Grenzwert aus dem jeweiligen Prüfungszyklus. ⁵Im Falle des GRE liegt dieser Grenzwert immer mindestens bei 50% („Percentile Rank (% Below)“); die Zugangskommission kann auch strengere Anforderungen stellen.

(2) In weiteren Satzungen der FAU festgelegte Voraussetzungen und Anforderungen bleiben unberührt.

§ 5 Akademischer Grad

(1) Aufgrund der bestandenen Prüfungen wird der akademische Grad „Master of Science“, abgekürzt „M.Sc.“, verliehen.

(2) Der akademische Grad kann auch mit dem Zusatz „(FAU Erlangen-Nürnberg)“ geführt werden.

§ 6 Struktur des Masterstudiengangs und der Prüfungen, Regelstudienzeit und Studienbeginn, Unterrichts- und Prüfungssprache

(1) ¹Der Abschluss des Masterstudiums umfasst den Erwerb von insgesamt 120 ECTS-Punkten, die sämtliche studienbegleitend zu erbringenden Modulprüfungen enthalten. ²Näheres regelt **Anlage 2**.

(2) ¹Die Regelstudienzeit im Masterstudium einschließlich der Prüfungen und der Zeit zur Anfertigung der Master Thesis beträgt vier Semester. ²Das Studium kann nur zum Wintersemester begonnen werden.

(3) ¹Die Unterrichts- und Prüfungssprache im Elite-Masterstudiengang Integrated Immunology ist Englisch. ²Einzelne Lehrveranstaltungen und Prüfungen im Wahlbereich können in deutscher Sprache abgehalten werden; Näheres regelt das Modulhandbuch. ³Im Zweifel folgt die Prüfungssprache der Unterrichtssprache.

§ 7 ECTS-Punkte

(1) ¹Die Organisation von Studium und Prüfungen beruht auf dem European Credit Transfer System (ECTS). ²Das Studiensemester ist mit durchschnittlich 30 ECTS-Punkten veranschlagt. ³Ein ECTS-Punkt entspricht einer Arbeitszeit von 30 Stunden.

(2) ¹ECTS-Punkte dienen als System zur Gliederung, Berechnung und Bescheinigung des Studienaufwandes. ²Sie sind ein quantitatives Maß für die Arbeitsbelastung der Studierenden.

§ 8 Modularisierung, Studienbegleitende Leistungsnachweise, Freiwillige Zwischenprüfungen

(1) ¹Das Studium besteht aus Modulen, die mit ECTS-Punkten bewertet sind. ²Ein Modul ist eine zeitlich zusammenhängende und in sich geschlossene abprüfbare Lehr- und Lerneinheit.

(2) ¹Die Module schließen mit einer studienbegleitenden Modulprüfung ab. ²Diese Prüfung soll in der Regel aus einer Prüfungsleistung oder Studienleistung bestehen. ³In nach Einschätzung der bzw. des jeweiligen Modulverantwortlichen fachlich und didaktisch sinnvollen Fällen kann diese Prüfung auch aus Prüfungsteilen oder Teilprüfungen bzw. einer Kombination aus Prüfungs- und/oder Studienleistungen bestehen, sofern und soweit im Studiengang insgesamt eine angemessene Prüfungsdichte und -organisation gewährleistet ist. ⁴ECTS-Punkte werden nur für die erfolgreiche Teilnahme an Modulen vergeben, die aufgrund eigenständig erbrachter, abgrenzbarer Leistungen in einer Modulprüfung festgestellt wird. ⁵Studienbegleitende Modulprüfungen sind solche, die während der Vorlesungszeit oder im Anschluss an die letzte Lehrveranstaltung eines Moduls vor Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters angeboten werden.

(3) ¹Prüfungen (Prüfungsleistungen und Studienleistungen) messen den Erfolg der Studierenden. ²Sie können nach Maßgabe der Regelungen dieser Studien- und Prüfungsordnung i. V. m. der jeweils einschlägigen Modulbeschreibung schriftlich, mündlich, elektronisch, über die Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel oder in fachspezifischer Form (z. B. Übungsleistungen, praktische Übungsleistungen, Seminarleistungen, Exkursionsleistungen) erfolgen. ³Bei elektronischen Fernprüfungen unter Aufsicht sind die Bayerische Fernprüfungserprobungsverordnung (**BayFEV**) sowie die Satzung der FAU über die Durchführung elektronischer Fernprüfungen auf Grundlage der Bayerischen Fernprüfungserprobungsverordnung (BayFEV) – **EFernPO** – zu beachten. ⁴Prüfungsleistungen und Teilprüfungen werden benotet. ⁵Bei Studienleistungen kann sich die Bewertung auf „bestanden“ oder „nicht bestanden“ beschränken.

(4) ¹Übungsleistungen (ÜL) umfassen in der Regel wöchentliches, selbstständiges Lösen von Übungsaufgaben (z. B. Tutorials mittels problemorientierten Lernens oder eLearning-Einheiten, die jeweils in Form eines Übungshefts bzw. einer Sammlung oder durch ein elektronisches Protokoll eingereicht und bewertet werden). ²Praktische Übungsleistungen (pÜL), sehen in der Regel das Einüben von praktischen Aufgaben, deren Dokumentation in einem Protokollheft und mündliche oder schriftliche Testate zur jeweiligen praktischen Aufgabe vor. ³Weiterhin können Seminarleistungen (SeL) (in der Regel Präsentation und schriftliche Ausarbeitung) und Exkursionsleistungen (ExL) (in der Regel Begutachtung oder Diskussionsbeitrag oder Berichte) gefordert

werden. ⁴Die konkrete Form und der Umfang der in Sätzen 1 bis 3 genannten Prüfungen sind abhängig vom konkreten didaktischen Charakter des jeweiligen Moduls bzw. der jeweiligen Lehrveranstaltung und Abs. 5 bzw. der **Anlage 2** bzw. dem Modulhandbuch zu entnehmen.

(5) ¹Der Umfang einer benoteten Seminarleistung nach Abs. 4 Satz 3 ist abhängig vom konkret vergebenen Thema und mit der bzw. dem Modulverantwortlichen abzustimmen. ²Soweit in der **Anlage 2** bzw. der jeweiligen Modulbeschreibung nichts anderes festgelegt ist, beträgt der Umfang der Präsentation in der Regel ca. 30 min, derjenige der schriftlichen Ausarbeitung ca. 10 Seiten.

(6) ¹Prüfungen, insbesondere Referate und mündliche Prüfungen, können nach Maßgabe der jeweiligen Modulbeschreibung auch als Gruppenprüfungen abgehalten werden, sofern die jeweilige Prüfung nach wie vor kompetenzorientiert stattfindet. ²Findet eine Prüfung als Gruppenprüfung statt, muss sichergestellt sein, dass für jede bzw. jeden Studierenden abgrenzbare Teilleistungen bewertbar sind.

(7) ¹Neben den studienbegleitenden Modulprüfungen können während der Lehrveranstaltungen freiwillige Zwischenprüfungen (z. B. Übungsleistungen oder Kurztests) als Leistungsstandmessung angeboten werden. ²Näheres dazu, insbesondere Anzahl, Art und Umfang dieser Nachweise, regelt das Modulhandbuch. ³Macht die bzw. der Studierende von der Möglichkeit nach Satz 1 Gebrauch, werden die dort erbrachten Leistungen zur Berechnung der Modulnote herangezogen. ⁴Zwischenprüfungsleistungen können die Note einer Modulprüfung oder Modulteilprüfung um maximal 0,7 Notenpunkte verbessern; eine Verschlechterung der Note ist ausgeschlossen.

(8) ¹Die Teilnahme an Modulprüfungen (Abs. 2 Satz 1) setzt die Immatrikulation im Elitemasterstudiengang Integrated Immunology an der FAU voraus. ²Bei schriftlichen Prüfungen, insbesondere Haus- und Abschlussarbeiten, gilt dies auch für den Tag der Abgabe der Arbeit.

§ 9 Prüfungsfristen, Fristversäumnis

(1) ¹Die Prüfungen sind ordnungsgemäß so rechtzeitig abzulegen, dass bis zum Ende des Regeltermins in der Masterprüfung 120 ECTS-Punkte erworben sind. ²Regeltermin ist das letzte Semester der Regelstudienzeit nach § 6 Abs. 2. ³Der Regeltermin nach Satz 2 darf um ein Semester überschritten werden (Überschreitungsfrist). ⁴Die jeweilige Prüfung gilt als abgelegt und endgültig nicht bestanden, wenn die in Satz 1 festgelegte Zahl von ECTS-Punkten nicht innerhalb der Überschreitungsfrist nach Satz 3 erworben wurde, es sei denn, die bzw. der Studierende hat die Gründe hierfür nicht zu vertreten.

(2) Die Frist nach Abs. 1 verlängert sich um die Inanspruchnahme der Schutzfristen entsprechend den Regelungen des Gesetzes zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz – **MuSchG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228) in der jeweils geltenden Fassung, der Fristen des Gesetzes zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz – **BEEG**) vom 5. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2748) in der jeweils geltenden Fassung sowie um Zeiten für die Pflege eines nahen Angehörigen im Sinne von § 7 Abs. 3 des Gesetzes über die Pflegezeit (Pflegezeitgesetz – **PflegeZG**) vom

28. Mai 2008 (BGBl. I S. 874, 896) in der jeweils geltenden Fassung, der pflegebedürftig im Sinne der §§ 14, 15 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (**SGB XI**) vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014, 1015) in der jeweils geltenden Fassung ist.

(3) ¹Die Gründe nach den Abs. 1 und 2 müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²Werden die Gründe anerkannt, so ist die Prüfung innerhalb der vom Prüfungsausschuss genehmigten Fristverlängerung abzulegen; bereits vorliegende Prüfungs- oder Studienleistungen werden anerkannt. ³Im Falle von Krankheit gilt § 12 Abs. 4.

§ 10 Prüfungsausschuss

(1) ¹Für die Organisation und Durchführung der Prüfungen wird ein Prüfungsausschuss eingesetzt. ²Dem Prüfungsausschuss gehören zwei Mitglieder der Naturwissenschaftlichen Fakultät und zwei Mitglieder der Medizinischen Fakultät der FAU an. ³Mindestens drei Mitglieder einschließlich der bzw. dem Vorsitzenden müssen Professorinnen bzw. Professoren sein. ⁴Die Mitglieder werden vom jeweiligen Fakultätsrat gewählt. ⁵Der Prüfungsausschuss wählt ein Mitglied zu der bzw. dem Vorsitzenden und regelt die Vertretung. ⁶Die Amtszeit der Mitglieder beträgt drei Jahre. ⁷Wiederwahl ist zulässig. ⁸Für den Geschäftsgang gilt § 30 der Grundordnung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (**GrO**).

(2) Die bzw. der Vorsitzende kann ihr bzw. ihm obliegende Aufgaben einem Mitglied des Prüfungsausschusses zur Erledigung übertragen.

(3) ¹Dem Prüfungsausschuss obliegt die Durchführung der Prüfungsverfahren im Benehmen mit dem Prüfungsamt, insbesondere die Planung und Organisation der Prüfungen. ²Er achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Studien- und Prüfungsordnung eingehalten werden. ³Mit Ausnahme der eigentlichen Prüfung und deren Bewertung als Aufgabe der Prüfenden trifft er alle anfallenden Entscheidungen. ⁴Er überprüft auf Antrag delegierte Entscheidungen sowie die Bewertungen von Prüfungen auf ihre Rechtmäßigkeit. ⁵Er berichtet regelmäßig den Fakultätsräten über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten, auch unter geschlechtsspezifischen Aspekten, und gibt gegebenenfalls Anregungen zu Änderungen der Prüfungsordnung. ⁶Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht auf Anwesenheit bei der Abnahme der Prüfungen.

(4) ¹Dem Prüfungsausschuss obliegt darüber hinaus die Prüfung der Qualifikations- und Zugangsvoraussetzungen nach § 3 i. V. m. der **Anlage 1**. ²Der Prüfungsausschuss bestellt eine Auswahlkommission bestehend aus insgesamt acht Professorinnen bzw. Professoren der Naturwissenschaftlichen und der Medizinischen Fakultät. ³Die Mitglieder der Auswahlkommission führen die Auswahlgespräche mit den Bewerberinnen und Bewerbern und berichten dem Prüfungsausschuss; Näheres regelt **Anlage 1**. ⁴Der Prüfungsausschuss trifft die abschließende Entscheidung über den Zugang.

(5) ¹Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder schriftlich oder elektronisch unter Einhaltung einer mindestens einwöchigen Ladungsfrist geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. ²Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. ³Stimmenthaltung,

geheime Abstimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig. ⁴Bei Stimmen-
gleichheit gibt die Stimme der bzw. des Vorsitzenden den Ausschlag.

(6) ¹Die bzw. der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein. ²Sie bzw. er ist befugt, anstelle des Prüfungsausschusses unaufschiebbare Entscheidungen allein zu treffen. ³Hierzu ist der Prüfungsausschuss zeitnah in Kenntnis zu setzen. ⁴Darüber hinaus kann, soweit diese Studien- und Prüfungsordnung nichts anderes bestimmt, der Prüfungsausschuss der bzw. dem Vorsitzenden die Erledigung einzelner Aufgaben widerruflich übertragen. ⁵Zu den nach Satz 4 übertragbaren Aufgaben gehören insbesondere

- die grundsätzliche Bestellung von Personen zu Prüfenden,
 - die Bestimmung der Prüfenden für das jeweilige Semester,
 - Entscheidungen über Anträge auf vorzeitige Zulassung zur Master Thesis,
 - externe Durchführung der Master Thesis inkl. der Bestimmung externer Prüfender zu Gutachterinnen und Gutachtern sowie
 - einfach gelagerte Fälle der Entscheidung über Anträge auf Fristverlängerung i.S.d. § 9 Abs. 3 sowie der Bearbeitungszeiten für Masterarbeiten;
- nicht übertragbar ist die Entscheidung
- in Widerspruchsverfahren, soweit nicht lediglich deren Zulässigkeit betroffen ist,
 - in Verdachtsfällen der Täuschung in denen die bzw. der Studierende von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen werden soll und
 - über die Rechtmäßigkeit des Rücktritts von der Prüfung, soweit eine Ablehnung des Antrags in Erwägung gezogen wird.

(7) Von Studierenden zur Begründung und Glaubhaftmachung von Anträgen eingereichte Unterlagen (z. B. für den Rücktritt von einer Prüfung usw.) dürfen vom Prüfungsausschuss auf deren Echtheit verifiziert werden, insbesondere durch Nachfrage bei den ausstellenden Stellen der eingereichten Unterlagen.

(8) ¹Bescheide in Prüfungsangelegenheiten, durch die jemand in seinen Rechten beeinträchtigt werden kann, bedürfen der Text- oder Schriftform; sie sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ²Bescheide in Prüfungsangelegenheiten können jeder bzw. jedem Einzelnen in elektronischer Form bekannt gegeben werden. ³In diesem Fall wird der jeweilige Bescheid in das campo-Benutzerkonto der bzw. des Studierenden elektronisch übermittelt (Bereitstellung zum Abruf). ⁴Die bzw. der Studierende erhält über die Bereitstellung zum Abruf des Bescheids eine Benachrichtigung durch E-Mail an die studentische E-Mail-Adresse gemäß § 3 Abs. 2 **ImmaS** in der jeweils geltenden Fassung. ⁵Ein im campo-Benutzerkonto zum Abruf bereitgestellter Bescheid gilt am vierten Tag nach Absendung der E-Mail über die Bereitstellung des Bescheids als bekanntgegeben. ⁶Widerspruchsbescheide werden im Auftrag der Präsidentin bzw. des Präsidenten erlassen, in fachlich-prüfungsrechtlichen Fragen im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss und nach Anhörung der zuständigen Prüfenden.

§ 11 Prüfende und Beisitzerinnen und Beisitzer, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Verschwiegenheitspflicht

(1) ¹Der Prüfungsausschuss bestimmt die Prüfenden und Gutachterinnen bzw. Gutachter. ²Es können alle nach dem **BayHIG** und der **Hochschulprüferverordnung** in der jeweils geltenden Fassung zur Abnahme von Prüfungen Berechtigten bestellt

werden. ³Im Falle von Importmodulen werden die jeweiligen Prüfenden von den für die jeweiligen Importmodule zuständigen Prüfungsausschüssen bestimmt.

(2) ¹Ein kurzfristig vor Beginn der Prüfung aus zwingenden Gründen notwendig werdender Wechsel der bzw. des Prüfenden ist zulässig. ²Scheidet ein prüfungsberechtigtes Hochschulmitglied aus, bleibt seine Prüfungsberechtigung vorbehaltlich der Regelungen in Art. 85 **BayHIG** und der **Hochschulprüferverordnung** in der Regel bis zu einem Jahr erhalten. ³Bei befristet beschäftigten Prüfungsberechtigten gilt die Prüfungsberechtigung dagegen nur für die vertraglich vereinbarte Dauer der Beschäftigung. ⁴Auf Antrag kann der Prüfungsausschuss die Prüfungsberechtigung darüber hinaus verlängern.

(3) ¹Die Bestellung externer Prüfender ist möglich, wenn diese nach dem **BayHIG** und der **HSchPrüferV** zur Abnahme von Prüfungen befugt sind und die Bestellung sachlich begründet ist. ²Werden externe Prüfende zu Prüfenden für einzelne Prüfungsverfahren bestimmt, so ist in jedem Fall das Zwei-Prüfer-Prinzip anzuwenden und zumindest eine Prüfende bzw. ein Prüfender muss eine bzw. ein hauptberuflich i. S. d. Art. 53 Abs. 4 **BayHIG** an der Naturwissenschaftlichen oder Medizinischen Fakultät der FAU tätige hauptberufliche oder nebenberufliche Hochschullehrerin bzw. hauptberuflicher oder nebenberuflicher Hochschullehrer i. S. d. Art. 19 **BayHIG** sein.

(3) ¹Zur Beisitzerin bzw. zum Beisitzer kann bestellt werden, wer über die nötige Sachkunde verfügt; in der Regel bedeutet dies, dass die Person mindestens das entsprechende oder ein verwandtes Fachstudium erfolgreich abgeschlossen hat. ²Die Beisitzerin bzw. der Beisitzer soll hauptberufliche wissenschaftliche Mitarbeiterin bzw. hauptberuflicher wissenschaftlicher Mitarbeiter i. S. d. **BayHIG** sein.

(4) Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung im Prüfungsausschuss sowie von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 51 Abs. 2 **BayHIG** i. V. m. Art. 20, 21 **BayVwVfG**.

(5) Die Pflicht der Mitglieder des Prüfungsausschusses und sonstiger mit Prüfungsangelegenheiten befasster Personen zur Verschwiegenheit bestimmt sich nach Art. 26 Abs. 2 Sätzen 2 und 3 **BayHIG**.

§ 12 Bekanntgabe der Prüfungstermine und der Prüfenden, Anmeldung und Rücktritt

(1) Die Termine der Prüfungen und die Prüfenden werden rechtzeitig ortsüblich bekannt gegeben.

(2) ¹Die Studierenden melden sich zu den einzelnen Modulprüfungen nach Beginn der Vorlesungszeit an. ²Die Anmeldetermine und Anmeldeformalitäten werden rechtzeitig vorher ortsüblich bekanntgegeben. ³Die Teilnahme an der jeweiligen Prüfung setzt die ordnungsgemäße Anmeldung auf der hierfür bereitgestellten Plattform voraus. ⁴Die bzw. der Studierende ist verpflichtet, den Status der Anmeldung im Prüfungsverwaltungssystem regelmäßig zu überprüfen und etwaige Unstimmigkeiten unverzüglich dem Prüfungsamt mitzuteilen.

(3) ¹Unbeschadet der Fristen nach § 9 ist bis zum Ende des dritten Werktages vor dem Prüfungstag ein Rücktritt von nach Abs. 2 angemeldeten Prüfungen ohne Angabe von Gründen gegenüber der bzw. dem Prüfenden zulässig; als Werkstage gelten die Tage von Montag bis einschließlich Freitag. ²§ 9 Abs. 3 gilt entsprechend. ³Die Erklärung des Rücktritts ist unwiderruflich; mit der Erklärung des Rücktritts erlischt die Anmeldung zur Prüfung für diesen Prüfungstermin und die bzw. der Studierende ist zur Teilnahme an derselben nicht mehr berechtigt. ⁴Eine Anmeldung zur Prüfung und die Teilnahme an der Prüfung sind erst zu einem späteren Termin möglich.

(4) ¹Eine vor oder während der Prüfung eingetretene Prüfungsunfähigkeit muss unverzüglich bei der bzw. dem Prüfenden geltend gemacht werden. ²In Fällen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit ist ein Attest vorzulegen; der jeweilige Prüfungsausschuss kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes verlangen. ³Das (vertrauens-)ärztliche Attest muss eine Beschreibung der gesundheitlichen Beeinträchtigung und die Angabe der sich daraus ergebenden Verminderung des Leistungsvermögens in der Prüfung speziell durch die Störung bestimmter körperlicher oder geistiger Funktionen enthalten. ⁴Im Falle eines krankheitsbedingten Rücktritts am Tag der Prüfung nach Beginn der Prüfungszeit (= Prüfungsabbruch) ist dem Prüfungsamt unverzüglich ein vertrauensärztliches Attest vorzulegen. ⁵Die Folgen eines verspäteten oder unwirk samen Rücktritts richten sich nach § 14 Abs. 1.

§ 13 Anerkennung und Anrechnung von Kompetenzen

(1) ¹Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die in Studiengängen oder durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Fernstudieneinheit im Rahmen eines anderen Studiengangs an der FAU oder an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland oder in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen erbracht worden sind, sowie aufgrund solcher Studiengänge erworbene Abschlüsse sind anzuerkennen, sofern hinsichtlich der erworbenen und der nachzuweisenden Kompetenzen keine wesentlichen Unterschiede bestehen. ²Gleiches gilt für Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule in Bayern im Rahmen von Modul- und Zusatzstudien, an der Virtuellen Hochschule Bayern oder im Rahmen eines Früh- oder Jungstudiums erbracht worden sind. ³Die Anerkennung dient der Fortsetzung des Studiums, der Ablegung von Prüfungen, der Aufnahme eines weiteren Studiums oder der Zulassung zur Promotion.

(2) ¹Kompetenzen, die im Rahmen weiterbildender oder weiterqualifizierender Studien oder außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurden, können angerechnet werden, wenn sie gleichwertig sind. ²Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene Kompetenzen dürfen höchstens die Hälfte der nachzuweisenden Kompetenzen ersetzen.

(3) ¹Die Noten anerkannter Studien- und Prüfungsleistungen werden übernommen, wenn sie gemäß § 22 gebildet wurden. ²Stimmt das Notensystem an der Universität oder an gleichgestellten Hochschulen erbrachter und von der FAU anerkannter Prüfungen mit dem Notensystem des § 22 nicht überein, werden die Noten der anderen Hochschulen in der Regel nach der Formel

$$x = 1 + 3 (N_{\max} - N_d) / (N_{\max} - N_{\min}) \text{ mit}$$

x = gesuchte Umrechnungsnote

N_{\max} = beste erzielbare Note

N_{\min} = unterste Bestehensnote

N_d = erzielte Note

umgerechnet.

³Bei den so berechneten Noten wird nur eine Stelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle anderen Stellen entfallen ohne Rundung. ⁴Ist die Umrechnung nicht möglich, so legt der jeweils zuständige Prüfungsausschuss in der Regel einen entsprechenden Schlüssel für die Notenberechnung fest.

(4) ¹Im Falle der Anerkennung bzw. Anrechnung von 30 oder mehr ECTS-Punkten im Vollzeitstudium erfolgt eine Hochstufung der bzw. des Studierenden in höhere Fachsemester. ²Dabei wird pro insgesamt anerkannter 30 ECTS-Punkte ein Semester hochgestuft.

(5) ¹Anerkennung und Anrechnung erfolgen auf Antrag. ²Die für die Anerkennung bzw. Anrechnung erforderlichen Unterlagen sind der bzw. dem Vorsitzenden des jeweiligen Prüfungsausschusses vorzulegen. ³Vorbehaltlich der Regelung in Satz 4 besteht bei Vorliegen der Voraussetzungen der Abs. 1 und 2 ein Rechtsanspruch auf Anerkennung bzw. Anrechnung. ⁴Eine Anerkennung bzw. Anrechnung ist nur möglich, soweit es sich um Leistungen handelt, die im Curriculum des jeweiligen Studiengangs vorgesehen sind und das entsprechende Prüfungsrechtsverhältnis an der FAU noch nicht durch das Bestehen oder endgültige Nichtbestehen der Prüfung beendet ist und noch nicht alle zur Verfügung stehenden Prüfungsversuche unternommen wurden. ⁵Die Entscheidung trifft die bzw. der Vorsitzende des jeweils zuständigen Prüfungsausschusses nach Anhörung der bzw. des vom zuständigen Fach benannten Fachvertreterin bzw. Fachvertreters; die Entscheidung ergeht schriftlich.

§ 14 Folgen eines verspäteten Rücktritts, Täuschung, Ordnungsverstoß, Ausschluss von der weiteren Teilnahme

(1) ¹Eine Prüfung gilt als mit „nicht ausreichend“ bewertet, wenn die bzw. der Studierende zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn sie bzw. er nach dem Ablauf der Rücktrittsfrist (§ 12 Abs. 3) ohne triftige Gründe zurücktritt; § 9 Abs. 3 bleibt unberührt. ²Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe nach Satz 1 müssen gegenüber dem Prüfungsamt unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden; im Falle des krankheitsbedingten Rücktritts bzw. Versäumnisses gilt § 12 Abs. 4.

(2) ¹Bei einem Plagiat, einem Täuschungsversuch oder dem Versuch, das Ergebnis einer Prüfung durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel oder anderweitige Einflussnahme auf das Prüfungs- und Bewertungsverfahren zu beeinflussen, kann der Prüfungsausschuss je nach konkretem Sachverhalt (u. a. in welchem Zusammenhang die Täuschungshandlung unternommen wurde, Schweregrad und/oder Häufigkeit der Täuschung usw.) verschiedene Sanktionen verhängen, wie z. B.

- eine Verwarnung aussprechen,
- die betreffende Prüfung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewerten, und/oder
- die Studierenden von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausschließen, mit der Folge, dass die Studierenden den Prüfungsanspruch im entsprechenden Kurs verlieren (endgültiges Nichtbestehen des jeweiligen Kurses), was in der Regel zum endgültigen Nichtbestehen des Studiengangs führt, ohne einen Wechsel in alternativ angebotene Kurse zu gestatten.

²Als Versuch i. S. d. Satz 1 gilt bereits das Beisichführen nicht zugelassener Hilfsmittel während oder nach Ausgabe der Prüfungsunterlagen. ³Zu den nicht zugelassenen Hilfsmitteln in Satz 1 bei der Anfertigung von Prüfungs- bzw. Studienleistungen zählt insbesondere die Nutzung von Chatbots oder anderweitiger Systeme künstlicher Intelligenz, die die eigenständige Leistung der bzw. des Studierenden ersetzen kann, sofern diese nicht ausdrücklich von der bzw. dem Prüfenden als Hilfsmittel zugelassen wurden.

(3) ¹Besteht der begründete Verdacht für das Vorliegen eines Plagiats bzw. einer anderweitigen Täuschung, insbesondere durch den Einsatz von Systemen künstlicher Intelligenz im Sinne des Abs. 2 Satz 3, so sind die zuständigen Prüfenden im Rahmen der Sachverhaltsermittlung nach Art. 26 **BayVwVfG** insbesondere auch dazu berechtigt, im Rahmen eines Kontrollgesprächs mithilfe von Fragen zum ursprünglichen Prüfungsgegenstand abzuprüfen, ob die bzw. der betreffende Studierende den Prüfungsstoff beherrscht. ²Die bzw. der Prüfende bestimmt Zeitpunkt, Ort und Dauer des Gesprächs und gibt diese rechtzeitig vorher bekannt. ³Ein begründeter Verdacht im Sinne des Satzes 1 ist gegeben, wenn nach dem Erfahrungswissen der bzw. des Prüfenden ein für das Vorliegen eines Plagiats bzw. einer Täuschung typischer Sachverhalt gegeben ist, der aufgrund des allgemeinen Erfahrungswissens zu dem Schluss berechtigt, dass ein Plagiat bzw. eine Täuschung vorliegt. ⁴Das Kontrollgespräch wird von den für die ursprüngliche Prüfung zuständigen Prüfenden durchgeführt; war für die ursprüngliche Prüfung nur eine Prüfende bzw. ein Prüfender eingesetzt, findet das Kontrollgespräch in Anwesenheit einer Beisitzerin bzw. eines Beisitzers statt, die bzw. der von der bzw. dem Prüfenden bestimmt wird. ⁵Bei der Beurteilung der Leistungen der bzw. des Studierenden im Kontrollgespräch ist der zeitliche Abstand zwischen der ursprünglichen Prüfung und dem Kontrollgespräch zu berücksichtigen. ⁶Beherrscht die bzw. der Studierende den Prüfungsstoff in einem Umfang, der für das Bestehen der ursprünglichen Prüfung ausgereicht hätte, so gilt der begründete Verdacht für das Vorliegen des Plagiats bzw. der anderweitigen Täuschung als ausgeräumt und die ursprüngliche Prüfung wird regulär inhaltlich bewertet. ⁷Kann die bzw. der Studierende im Rahmen des Kontrollgesprächs nach Satz 1 die abgeprüften Kompetenzen nicht in einem im Sinne des Satz 2 ausreichenden Umfang nachweisen und sind gleichzeitig keine tatsächlichen Umstände gegeben, die ein atypisches Geschehen im Einzelfall ernsthaft möglich erscheinen lassen und ist die ungenügende Leistung auch nicht mit dem Zeitablauf zwischen ursprünglicher Prüfung und Kontrollgespräch zu erklären, gilt die Täuschung in der Regel als bewiesen; es gilt Abs. 2 Satz 1. ⁸Verweigert die bzw. der Studierende die Teilnahme an dem Kontrollgespräch, so stellt dies eine Verletzung ihrer bzw. seiner Obliegenheit zur Mitwirkung im Prüfungsverfahren im Sinne des Art. 26 Abs. 2 Satz 1 **BayVwVfG** dar. ⁹Macht die bzw. der Studierende gleichzeitig keine tatsächlichen Umstände glaubhaft, die ein atypisches Geschehen im Einzelfall ernsthaft möglich erscheinen lassen, so gilt der begründete Verdacht des Vorliegens eines Plagiats bzw. einer anderweitigen Täuschung als durch den Beweis des ersten Anscheins bewiesen. ¹⁰Findet ein Kontrollgespräch statt, ist dieses zu dokumentieren und dem Prüfungsamt samt Ergebnis mitzuteilen; § 20 Abs. 3 gilt entsprechend.

(4) Wer den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann von der jeweiligen prüfungsberechtigten Person oder der bzw. dem Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der betreffenden Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt Abs. 2 Satz 1 entsprechend.

§ 15 Entzug akademischer Grade

Der Entzug des akademischen Grades richtet sich nach Art. 101 **BayHIG**.

§ 16 Mängel im Prüfungsverfahren

(1) Erweist sich, dass das Prüfungsverfahren mit Mängeln behaftet war, die das Prüfungsergebnis beeinflusst haben, kann vom Amts wegen oder auf Antrag einer bzw. eines Studierenden angeordnet werden, dass von einer bzw. einem bestimmten oder von allen Studierenden die Prüfung oder einzelne Teile derselben wiederholt wird bzw. werden.

(2) Mängel des Prüfungsverfahrens müssen unverzüglich bei der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder bei der bzw. dem Prüfenden geltend gemacht werden.

(3) Sechs Monate nach Abschluss der Prüfung dürfen von Amts wegen Anordnungen nach Abs. 1 nicht mehr getroffen werden.

§ 17 Anwesenheitspflicht

(1) ¹Für entsprechend in der jeweiligen Modulbeschreibung gekennzeichnete Lehrveranstaltungen, in denen das Qualifikationsziel nicht anders als über die regelmäßige Teilnahme erreicht werden kann, kann als Voraussetzung für die Zulassung zur Modulprüfung bzw. für den Erwerb der Studienleistung eine Anwesenheitspflicht vorgesehen werden. ²Wird das geforderte Maß der Anwesenheit nicht erreicht, wird die bzw. der Studierende nicht zur Prüfung zugelassen und die Lehrveranstaltung ist vorbehaltlich etwaiger Modulwechsel erneut zu belegen; dies gilt auch, wenn die bzw. der Studierende die Gründe für die Abwesenheit nicht zu vertreten hat. ³Eine Teilnahmeverpflichtung ist dann zulässig, wenn die Anwesenheit der bzw. des Einzelnen für den fachspezifischen Kompetenzerwerb aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer erforderlich ist, der fachspezifische Kompetenzerwerb der bzw. des Einzelnen von der Anwesenheit der anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer abhängt, nur durch die Anwesenheit an einem bestimmten Ort erreicht werden kann oder zur Sicherheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erforderlich ist. ⁴Tritt die bzw. der Studierende nach Erfüllen der Anwesenheitspflicht wirksam von der Prüfung zurück (Erst- oder Wiederholungsversuch), so besteht eine Pflicht zum erneuten Besuch der Lehrveranstaltung nur dann, wenn die erneute Anwesenheit der bzw. des Studierenden aufgrund des didaktischen Charakters der Lehrveranstaltung bzw. der Prüfung für den Kompetenzerwerb der Studierenden erforderlich ist.

(2) ¹Die Teilnahme ist dann regelmäßig, wenn in einer Lehrveranstaltung nicht mehr als 15 v. H. der Unterrichtszeit versäumt werden. ²Werden zwischen mehr als 15 v. H. bis höchstens 30 v. H. der Unterrichtszeit versäumt, kann die bzw. der Lehrende der bzw. dem Studierenden anbieten, eine zur Erfüllung des Erfordernisses der regelmäßigen Teilnahme kompetenzorientiert ausgestaltete Ersatzleistung zu erbringen; werden in diesem Fall keine Ersatzleistungen angeboten oder angebotene Ersatzleistungen von der bzw. dem Studierenden nicht erfüllt, so ist die Teilnahme nicht regelmäßig. ³Werden insgesamt mehr als 30 v. H. der Unterrichtszeit versäumt, ist die Lehrveranstaltung erneut zu belegen. ⁴Bei der Ermittlung des Umfangs der Fehlzeiten sich ergebende Nachkommastellen sind zu Gunsten der Studierenden zu runden.

(3) ¹Im Rahmen von Exkursionen und Praktika ist abweichend von Abs. 2 die Teilnahme nur dann regelmäßig, wenn alle Unterrichtseinheiten besucht wurden. ²Für glaubhaft gemachte, nicht von der bzw. dem Studierenden zu vertretende Fehlzeiten im Umfang von bis zu 15 v. H. der Unterrichtszeit sind der bzw. dem Studierenden zur Erfüllung des Erfordernisses der regelmäßigen Teilnahme angemessene kompetenzorientiert ausgestaltete Ersatzleistungen anzubieten. ³Werden mehr als 15 v. H. der Unterrichtszeit versäumt, so ist die Veranstaltung erneut zu belegen. ⁴Bei der Ermittlung des Umfangs der Fehlzeiten sich ergebende Nachkommastellen sind zu Gunsten der Studierenden zu runden.

(4) ¹Die Anwesenheit wird in den jeweiligen Lehrveranstaltungen, sofern diese in Präsenzform abgehalten werden, mittels einer Teilnahmelisten, in die die bzw. der Studierende ihren bzw. seinen eigenen Namen samt Unterschrift einträgt, oder auf vergleichbare Weise festgestellt. ²Werden Lehrveranstaltungen im Online-Format abgehalten, erfolgt die Kontrolle der Anwesenheit durch die bzw. den Lehrenden mittels eines Namensabgleichs. ³In diesem Rahmen überprüft die bzw. der Lehrende, ob die auf der Anmeldeliste verzeichneten Namen tatsächlich den Namen entsprechen, mit denen Studierende an der Lehrveranstaltung teilnehmen. ⁴Nehmen Studierende unter einem Pseudonym an einer Lehrveranstaltung im Online-Format teil, so haben sie der bzw. dem Lehrenden dies in anwesenheitspflichtigen Veranstaltungen mitzuteilen und ihren Klarnamen zu nennen, um den Abgleich zu ermöglichen.

§ 18 Nachteilsausgleich

(1) ¹Im Prüfungsverfahren ist auf Art und Schwere einer Behinderung Rücksicht zu nehmen. ²Wer durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft macht, wegen länger andauernder oder ständiger Behinderung, die nicht das abgeprüfte Leistungsbild betrifft, nicht in der Lage zu sein, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, hat Anspruch darauf, dass die bzw. der Vorsitzende des jeweiligen Prüfungsausschusses gestattet, den Nachteil durch entsprechende Verlängerung der Arbeitszeit oder eine andere Gestaltung des Prüfungsverfahrens auszugleichen, wobei auf den Nachweis von Kompetenzen, die zum Qualifikationsziel der abzulegenden Prüfung gehören, nicht verzichtet werden darf. ³Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Studierende in besonderen Lebenslagen, deren Auswirkungen auf die Prüfungsfähigkeit mit einer länger andauernden Krankheit oder Behinderung im Sinne des Satz 2 vergleichbar sind.

(2) Entsprechende, ihrer Situation angemessene Möglichkeiten sind Schwangeren zu eröffnen, wenn die betroffenen Studierenden bei dem zuständigen Prüfungsausschuss spätestens vier Wochen vor dem Prüfungstermin eine ärztliche Bescheinigung darüber vorlegen, dass sie sich zum Prüfungstermin mindestens in der 30. Schwangerschaftswoche befinden werden.

(3) ¹Entscheidungen nach Abs. 1 und 2 werden nur auf schriftlichen Antrag hin von der bzw. dem Vorsitzenden des jeweiligen Prüfungsausschusses nach Anhörung der bzw. des Beauftragten für behinderte und chronisch kranke Studierende getroffen. ²Zum Nachweis des Vorliegens der Voraussetzungen nach Abs. 1 kann die Vorlage eines vertrauensärztlichen Attestes bzw. eines der jeweiligen besonderen Lebenslage entsprechenden anderen Nachweises verlangt werden. ³Anträge auf Nachteilsausgleich

sind unverzüglich, möglichst zu Beginn des jeweiligen Semesters und spätestens vier Wochen vor der Prüfung an den jeweiligen Prüfungsausschuss zu richten.

§ 19 Schriftliche Prüfung, Antwort-Wahl-Verfahren

(1) ¹In der schriftlichen Prüfung sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln ein Problem mit den geläufigen Methoden des Faches erkennen und Wege zur Lösung finden können. ²Dies gilt insbesondere für Klausuren, die unter Aufsicht angefertigt werden. ³Schriftliche Prüfungen mit Ausnahme von Klausuren können auch als Open-Book-Prüfung abgehalten werden, bei der die Studierenden unbeaufsichtigt innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens eine oder mehrere Aufgaben unter Zuhilfenahme eines nach Festlegung der bzw. des Prüfenden erweiterten Kreises an Hilfsmitteln bzw. sämtlicher Hilfsmittel – jedoch ohne die Hilfe dritter Personen – bearbeiten; Näheres regelt die Modulbeschreibung. ⁴Bei Prüfungen i. S. d. Satz 3 sind die Aufgabenstellungen möglichst auf das Prüfen von höheren Kompetenzen wie Verständnis, Analysieren, Transfer und Anwendung auszurichten.

(2) ¹Schriftliche Prüfungen sind in der Regel innerhalb von sechs Wochen und mindestens zwei Wochen vor dem Termin der ersten Wiederholungsprüfung von einer bzw. einem Prüfenden zu bewerten. ²Eine mit „nicht ausreichend“ beurteilte schriftliche Prüfung ist von einer bzw. einem zweiten Prüfenden zu beurteilen. ³Die Bewertung der bzw. des Prüfenden muss schriftlich dokumentiert werden und die das abschließende Votum tragenden Gründe erkennen lassen.

(3) ¹Klausuren können vollständig oder teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren abgenommen werden (Single- und / oder Multiple-Choice-Prüfungen). ²Näheres dazu, in welchen Modulen Klausuren im Antwort-Wahl-Verfahren abgenommen werden, regelt das Modulhandbuch. ³Die bzw. der zu Prüfende hat anzugeben, welche der mit den Aufgaben vorgelegten Antworten sie bzw. er für zutreffend hält. ⁴Prüfungsaufgaben müssen zuverlässige Prüfungsergebnisse ermöglichen. ⁵Bei der Aufstellung der Prüfungsaufgaben ist festzulegen, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden. ⁶Wenn die Prüfungsaufgabe Mehrfachantworten verbietet, sind Mehrfachantworten unzulässig und werden nicht gewertet. ⁷Die Prüfungsaufgaben sind durch mindestens zwei Aufgabenstellerinnen bzw. Aufgabensteller vor der Feststellung des Prüfungsergebnisses darauf zu überprüfen, ob sie gemessen an den Anforderungen des Satz 4 zuverlässige Prüfungsergebnisse ermöglichen. ⁸Ergibt diese Überprüfung, dass einzelne Prüfungsaufgaben fehlerhaft sind, sind diese bei der Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht zu berücksichtigen, es ist von der verminderten Zahl der Prüfungsaufgaben auszugehen. ⁹Die Verminderung der Zahl der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil einer bzw. eines zu Prüfenden auswirken. ¹⁰Über die jeweilige Aufgabe hinaus dürfen keine Minuspunkte vergeben werden.

(4) ¹Die Aufgabenstellerinnen bzw. Aufgabensteller nach Abs. 3 Satz 7 legen fest, wann die Prüfungen nach Abs. 3 Satz 1 als bestanden gelten und legen auch eine relative Bestehengrenze (Satz 2 Nr. 2) fest. ²Sofern die Aufgabenstellerinnen bzw. Aufgabensteller keine Festlegung getroffen haben, gelten Prüfungen nach Abs. 3 Satz 1 als bestanden, wenn

1. die bzw. der zu Prüfende insgesamt mindestens 50 Prozent der gestellten Prüfungsfragen bzw. der zu erzielenden Punkte zutreffend beantwortet hat oder

2. die bzw. der zu Prüfende insgesamt mindestens 40 Prozent der gestellten Prüfungsfragen bzw. der zu erzielenden Punkte zutreffend beantwortet hat und die Zahl der von der bzw. dem zu Prüfenden zutreffend beantworteten Fragen bzw. der erzielten Punkte um nicht mehr als 17 Prozent die durchschnittlichen Prüfungsleistungen der insgesamt zu Prüfenden unterschreitet, die erstmals an der entsprechenden Prüfung teilgenommen haben.

³Die Referenzgruppe der Erstteilnehmenden nach Satz 2 Nr. 2 muss aus mindestens 50 Personen bestehen; anderenfalls ist die relative Bestehengrenze nicht anwendbar.

⁴Wird Satz 2 Nr. 2 angewendet, ist der Prüfungsausschuss zu unterrichten.

(5) Bei schriftlichen Prüfungen, die nur teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren abgenommen werden, gelten die Abs. 3 und 4 nur für diesen Teil.

§ 20 Mündliche Prüfung

(1) ¹In den mündlichen Prüfungen sollen die Studierenden nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebiets erkennen und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen. ²Mündliche Prüfungen finden, soweit nichts anderes vorgeschrieben ist, als Einzelprüfungen vor einer bzw. einem Prüfenden in Anwesenheit einer Beisitzerin bzw. eines Beisitzers statt, die bzw. der von der bzw. dem Prüfenden bestellt wird.

(2) In der mündlichen Prüfung vor mehreren prüfungsberechtigten Personen setzt jede bzw. jeder Prüfende die Note nach § 22 fest; es gilt § 22 Abs. 2 Satz 4.

(3) ¹Über die mündliche Prüfung ist ein Protokoll anzufertigen, in das aufzunehmen sind: Ort und Zeit sowie Zeitdauer der Prüfung, Gegenstände und Ergebnis der Prüfung, die Namen der Prüfenden, der Beisitzerin bzw. des Beisitzers und der bzw. des Studierenden sowie besondere Vorkommnisse. ²Das Protokoll wird von den prüfungsberechtigten Personen und der Beisitzerin bzw. dem Beisitzer unterzeichnet. ³Die Wiedergabe von Prüfungsfragen und Antworten ist nicht erforderlich. ⁴Das Protokoll ist mindestens zwei Jahre aufzubewahren.

(4) ¹Zu mündlichen Prüfungen werden Studierende, die sich der gleichen Prüfung in einem der nachfolgenden Prüfungszeiträume unterziehen wollen, im Rahmen der räumlichen Möglichkeiten als Zuhörerinnen bzw. Zuhörer zugelassen; auf Verlangen der Prüfungskandidatin bzw. des Prüfungskandidaten werden Zuhörerinnen bzw. Zuhörer ausgeschlossen. ²Die Zulassung erstreckt sich in keinem Fall auf die Beratung und die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

§ 21 Elektronische Prüfung in Präsenz

¹Prüfungen können in elektronischer Form in Präsenz abgenommen werden. ²Näheres dazu, in welchen Modulen Prüfungen in elektronischer Form in Präsenz abgenommen werden und welche Anforderungen im Hinblick auf die zulässigen Endgeräte einschließlich etwaigen Zubehörs und die übrige technische Ausstattung (insbesondere einzusetzende elektronische Systeme, Anwendungen, Software) gelten, regelt die jeweilige Modulbeschreibung bzw. werden diese rechtzeitig im Vorfeld der Prüfung bekannt gemacht. ³Die Authentizität und die Integrität der Prüfungsergebnisse sind sicherzustellen. ⁴Die Durchführung und die Auswertung von E-Prüfungen können durch computergestützte bzw. digitale Medien unterstützt werden. ⁵Eine automatisiert

erstellte Bewertung einer Prüfung ist immer von der bzw. dem Prüfenden, im Fall einer nichtbestandenen Prüfung von zwei Prüfenden, zu überprüfen.

§ 22 Bewertung der Prüfungen, Notenstufen, Gesamtnote

(1) Die Urteile über die einzelnen Prüfungen werden von der bzw. dem jeweiligen Prüfenden durch folgende Prädikate und Noten ausgedrückt:

Prädikat	Noten	Erläuterung
sehr gut	= (1,0 oder 1,3)	eine hervorragende Leistung;
gut	= (1,7 oder 2,0 oder 2,3)	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
befriedigend	= (2,7 oder 3,0 oder 3,3)	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
ausreichend	= (3,7 oder 4,0)	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen entspricht;
nicht ausreichend	= (4,3 oder 4,7 oder 5,0)	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

(2) ¹Eine Prüfung (§ 8 Abs. 2) ist bestanden, wenn sie mindestens mit dem Prädikat „ausreichend“ bewertet ist. ²Bei unbenoteten Studienleistungen (§ 8 Abs. 3 Satz 5) lautet die Bewertung „bestanden“ bzw. „nicht bestanden“. ³Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Teilleistungen (§ 8 Abs. 2 Satz 3) bestanden sind. ⁴Ist eine Prüfung von mehreren Prüfenden zu bewerten oder besteht sie aus mehreren selbstständigen Prüfungsteilen bzw. Teilleistungen i. S. d. § 8 Abs. 2 Satz 3, so ergibt sich die Note aus dem gleichgewichteten Mittel der Einzelnoten aller Teilleistungen, sofern in der jeweiligen **Fachstudien- und Prüfungsordnung** bzw. der jeweiligen Modulbeschreibung nichts Abweichendes geregelt ist; das Notenschema des Abs. 1 findet keine Anwendung. ⁵Änderungen an den Gewichtungsfaktoren im Sinne des Satz 4 sind nur zu Semesterbeginn möglich und gelten jeweils nur für Studierende, die sich bezogen auf das jeweilige Module noch nicht in einem laufenden Prüfungsverfahren befinden (Erstversuch). ⁶Abweichend von Satz 4 sind Änderungen an den Gewichtungsfaktoren des Moduls Master Thesis nur mit Wirkung für Studierende möglich, die das Studium ab dem jeweiligen Semester neu aufnehmen. ⁷Näheres zur Bewertung von Prüfungen mit mehreren Prüfungsteilen bzw. Teilleistungen regelt die jeweilige Modulbeschreibung. ⁸Bei der Ermittlung der Note einer Prüfung wird eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt; alle anderen Stellen entfallen ohne Rundung.

(3) ¹Der Bewertungsmaßstab von im Antwort-Wahl-Verfahren zu erbringenden Prüfungen ist von den Aufgabenstellerinnen bzw. Aufgabenstellern nach § 19 Abs. 3 Satz 7 festzulegen. ²Erfolgt keine Festlegung, sind die erbrachten Prüfungen wie folgt zu bewerten: ³Wer die für das Bestehen der Prüfung nach § 19 Abs. 4 erforderliche Mindestzahl zutreffend beantworteter Prüfungsfragen erreicht, erhält das Prädikat "sehr gut", wenn mindestens 75 Prozent,
"gut", wenn mindestens 50, aber weniger als 75 Prozent,
"befriedigend", wenn mindestens 25, aber weniger als 50 Prozent,
"ausreichend", wenn keine oder weniger als 25 Prozent der darüber hinaus gestellten Prüfungsfragen zutreffend beantwortet wurden.

⁴Das Notenschema des Abs. 1 Satz 1 findet Anwendung; die Noten 0,7, 4,3 und 4,7 sind dabei ausgeschlossen. ⁵Wer nicht die erforderliche Mindestzahl erreicht, erhält die Note 5,0. ⁶Abweichend von Satz 3 können in den Fällen, in denen die Prüfung gemäß § 19 Abs. 5 teilweise im Antwort-Wahl-Verfahren durchgeführt wird, neben der Note 5,0 auch die Noten 4,3 und 4,7 festgesetzt werden.

(4) ¹Soweit in **Anlage 2** oder der jeweils einschlägigen Modulbeschreibung nichts anderes festgelegt ist, werden die Modulnoten aus dem Durchschnitt der einzelnen Noten der Prüfungen im Sinne von § 8 Abs. 2 Satz 3 errechnet; das Notenschema des Abs. 1 findet keine Anwendung. ²Bei der Ermittlung der Note wird eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt; alle anderen Stellen entfallen ohne Rundung. ³Wird in einem Modul nur eine benotete Prüfung abgehalten, bildet sie die Modulnote. ⁴Wird keine benotete Prüfung abgehalten, lautet die Bewertung des Moduls „bestanden“ bzw. „nicht bestanden“.

(5) ¹Soweit in **Anlage 2** nichts anderes festgelegt ist, gehen das Modul Master Thesis sowie die übrigen Modulnoten mit dem einfachen Gewicht der jeweiligen ECTS-Punkte in die Gesamtnote der Masterprüfung ein. ²Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 2 und Abs. 4 Satz 2 gelten entsprechend.

(7) Die Korrektur und Bewertung einer Prüfung hat mit Ausnahme von Masterarbeiten innerhalb von sechs Wochen zu erfolgen; über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

(6) ¹Die Gesamtnote der Masterprüfung und der Module entsprechen folgenden Prädikaten:

- | | |
|---|----------------------|
| bei einem Durchschnitt bis 1,5 | = sehr gut, |
| bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5 | = gut, |
| bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5 | = befriedigend, |
| bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0 | = ausreichend |
| bei einem Durchschnitt über 4,0 | = nicht ausreichend. |

§ 23 Wiederholung von Prüfungen; Modulwechsel

(1) ¹Die nicht bestandene Modulprüfung des Moduls Master Thesis kann einmal, alle übrigen nicht bestandenen Prüfungen können dreimal wiederholt werden. ²Die Wiederholung ist auf die nicht bestandene Prüfungs- oder Studienleistung beschränkt. ³Die Wiederholungsprüfung muss in der Regel spätestens innerhalb von sechs Monaten angeboten werden. ⁴Die bzw. der Studierende meldet sich eigenständig zur Wiederholungsprüfung an; es gilt § 12 Abs. 2. ⁵Ein Rücktritt von Wiederholungsprüfungen ist nach Maßgabe des § 12 Abs. 3 und 4 möglich. ⁶Im Falle der Wiederaufnahme des Studiums nach Unterbrechung wird das Studium in der Regel an der Stelle und mit den beim Ausscheiden noch verfügbaren Prüfungsversuchen fortgeführt.

(2) ¹Die freiwillige Wiederholung einer bestandenen Prüfung desselben Moduls ist nicht zulässig. ²Im Rahmen der Prüfungsfristen nach § 9 können jedoch statt nicht bestandener Module andere, alternativ angebotene Module besucht und abgeschlossen werden.

§ 24 Zusatzmodule

(1) ¹Zusatzmodule sind weitere Module des Studiengangs (z. B. Wahlmodule, Schlüsselqualifikationen), die im Rahmen der Prüfungsfristen nach § 9 zusätzlich zu erfolgreich absolvierten Modulen besucht werden. ²Besteht die bzw. der Studierende an der FAU zusätzliche Module des Studiengangs, legt sie bzw. er selbst fest, welches der Module in die Abschlussnotenberechnung eingebracht werden soll. ³Die getroffene

Wahl ist dem Prüfungsamt bis spätestens acht Wochen vor Erteilung des Abschlusszeugnisses mitzuteilen. ⁴Die Wahl wird damit bindend. ⁵Wird keine Wahl getroffen, rechnet das Prüfungsamt bei Wahlmöglichkeiten das besser bewertete Modul an.

(2) ¹Zusatzmodule sind ebenfalls Module anderer Studiengänge, die als Teilqualifikationen für diesen Studiengang angeboten werden. ²Hinsichtlich der Prüfungsmodalitäten gelten die Regelungen der Prüfungsordnung des Studiengangs, aus dem das Zusatzmodul stammt. ³Zusatzmodule nach Abs. 2 gehen nicht in die Abschlussnote ein; sie werden in einem gesonderten Abschnitt im Transcript of Records ausgewiesen. ⁴Auf Antrag der bzw. des Studierenden beim Prüfungsamt können bis spätestens acht Wochen vor Zeugnisausstellung einzelne Zusatzmodule davon ausgenommen werden.

§ 25 Ungültigkeit der Prüfung

(1) Wurde bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung der Urkunden bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betroffenen Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer (Teil-)Prüfung bzw. einem Prüfungsteil nicht erfüllt, ohne dass die Täuschung vorsätzlich erfolgte, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der (Teil-)Prüfung bzw. des Prüfungsteils geheilt. ²Wurde die Zulassung zur Prüfung durch Täuschung erwirkt, wird das Prüfungsergebnis nicht gewertet; der Prüfungsausschuss kann weitere Schritte im Sinne des § 14 Abs. 2 Satz 1 einleiten.

(3) Vor einer Entscheidung ist der bzw. dem Studierenden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) ¹Die unrichtigen Urkunden werden eingezogen; es werden gegebenenfalls neue Urkunden ausgestellt. ²Eine Entscheidung nach Abs. 1 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Ausstellungsdatum der Urkunden ausgeschlossen.

§ 26 Einsicht in die Prüfungsakten

¹Nach Abschluss der einzelnen Prüfungsverfahren erhält die bzw. der Studierende auf Antrag Einsicht in ihre bzw. seine schriftlichen Prüfungsarbeiten und die Bewertung derselben. ²In der Regel bieten die jeweiligen Prüfenden Termine für die Einsichtnahme an. ³Im Übrigen kann die Einsichtnahme beim Prüfungsamt beantragt werden.

§ 27 Zeugnis, Transcript of Records, Diploma Supplement, Grade distribution table, Urkunde

(1) ¹Wer den Masterstudiengang erfolgreich abgeschlossen hat, hat Anspruch auf ein Zeugnis, ein Transcript of Records, ein Diploma Supplement, ein Grade distribution table und eine Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades. ²Die Urkunde wird von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder deren bzw. dessen Stellvertreterin bzw. Stellvertreter eigenhändig unterzeichnet. ³Die bzw. der Studierende soll das Zeugnis innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Bewertung der letzten für den Abschluss nachzuweisenden Leistung beim Prüfungsamt

beantragen; im Falle der Absolvierung von Zusatzmodulen sind die entsprechenden Angaben dazu, welche Module in den Abschlussdokumenten berücksichtigt werden, zu machen.

(2) ¹Das Zeugnis enthält die in die Masterprüfung eingehenden Module und Modulnoten sowie die Gesamtnote der Masterprüfung und nennt zudem das Thema der Masterarbeit. ²Das Transcript of Records führt alle bestandenen Module auf; das Zeugnis und das Transcript of Records können in einer Urkunde zusammengefasst werden. ³Das Zeugnis und die Urkunde werden in englischer und deutscher Sprache ausgestellt.

§ 28 Bescheinigung über endgültig nicht bestandene Prüfung

¹Wer die Masterprüfung endgültig nicht bestanden hat, erhält einen mit Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Bescheid, aus dem sich das endgültige Nichtbestehen der Prüfung ergibt. ²Die bzw. der Studierende kann sich darüber hinaus im Prüfungsverwaltungssystem selbst eine Übersicht der in den einzelnen Modulen erzielten Noten ausdrucken.

II. Besondere Vorschriften:

§ 29 Zulassungsvoraussetzungen für die Prüfungen

(1) ¹Wer im Masterstudium immatrikuliert ist, gilt als zugelassen zur Masterprüfung und den Modulprüfungen, aus denen die Masterprüfung besteht, es sei denn, die Zulassung ist zu versagen. ²Bestehen Wahlmöglichkeiten zwischen den für die Masterprüfung nachzuweisenden Modulen, gelten die Studierenden zu den Modulen als zugelassen, die sie durch Anmeldung zur Prüfung bindend wählen; es können auch mehrere alternativ angebotene Module gewählt werden. ³Die Zulassung ist zu versagen, wenn

1. in den „Besonderen Vorschriften“ (§§ 29 ff.) und der **Anlage 2** vorgeschriebene Voraussetzungen und Nachweise endgültig nicht oder nicht fristgemäß erfüllt werden,
2. die Masterprüfung oder die Diplomprüfung in diesem oder einem im Wesentlichen gleichen Studiengang (Masterstudiengänge aus den Lebenswissenschaften, bspw. Immunologie, Immunbiologie, Immunology and Inflammatory Disease) endgültig nicht bestanden ist oder
3. die Exmatrikulation unter Verlust des Prüfungsanspruchs verfügt wurde.

⁴In Fällen des Satz 2 besteht gleichzeitig ein Zulassungs- und Immatrikulationshinder-
nis.

(2) Ist die Zulassung zu den Prüfungen des Studiengangs zu versagen, so ist unverzüglich die Entscheidung zu treffen, mit Gründen und Rechtsbehelfsbelehrung zu versiehen und der bzw. dem Studierenden bekannt zu geben.

§ 30 Masterprüfung

(1) ¹Die Masterprüfung besteht aus den studienbegleitend zu erbringenden Prüfungen einschließlich des Moduls Master Thesis gemäß **Anlage 2**. ²Die Master Thesis wird in dem entsprechenden Modul durch einen wissenschaftlichen Vortrag ergänzt. ³Die

Masterprüfung ist bestanden, wenn sämtliche studienbegleitend zu erbringenden Modulprüfungen und das Modul Master Thesis einschließlich des wissenschaftlichen Vortrags bestanden sind.

(2) ¹Die **Anlage 2** regelt Gegenstände, Art und Umfang der Masterprüfung. ²Sie wird ergänzt durch die Modulbeschreibungen der einzelnen Module.

§ 31 Master Thesis

(1) ¹Die Master Thesis ist eine Prüfungsarbeit, die die wissenschaftliche Ausbildung abschließt. ²Sie soll zeigen, dass die bzw. der Studierende in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus dem Bereich Immunologie (Grundlagenforschung oder klinische Forschung) selbstständig und nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. ³Die Master Thesis darf nicht mit einer früher vorgelegten Diplom-, Bachelor- oder Masterarbeit oder Dissertation in wesentlichen Teilen übereinstimmen (Plagiatsschutz). ⁴Sie ist mit 25 ECTS-Punkten bewertet; hinzu kommt der wissenschaftliche Vortrag nach § 30 Abs. 1 Satz 2 im Umfang von 5 ECTS-Punkten.

(2) ¹Die Studierenden sorgen dafür, dass sie rechtzeitig zur Wahrung der Fristen nach § 8 ein Thema für die Master Thesis erhalten. ²Gelingt dies trotz ernsthafter Bemühungen nicht, weist die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der bzw. dem Studierenden auf Antrag ein Thema und eine Betreuerin bzw. einen Betreuer zu.

(3) ¹Die Ausgabe des Themas und die Betreuung der Master Thesis erfolgt durch eine Professorin bzw. einen Professor, die bzw. der hauptberuflich im Sinne des Art. 53 Abs. 4 **BayHIG** im Masterstudiengang Integrated Immunology tätig ist. ²Der Prüfungsausschuss kann Ausnahmen gestatten und regeln.

(4) ¹Thema und Tag der Ausgabe des Themas der Master Thesis sind von der Betreuerin bzw. vom Betreuer zu bestätigen und beim Prüfungsamt aktenkundig zu machen. ²Die Zeit von der Themenstellung bis zur Ablieferung der Master Thesis darf sechs Monate nicht überschreiten; das Thema muss so begrenzt sein, dass innerhalb dieser Frist die Master Thesis erstellt werden kann. ³Auf begründeten Antrag kann die Bearbeitungsfrist ausnahmsweise um höchstens acht Wochen verlängert werden. ⁴Weist die bzw. der Studierende durch ärztliches Attest nach, dass sie bzw. er infolge einer Krankheit an der Bearbeitung gehindert ist, ruht die Bearbeitungszeit. ⁵Ruht die Bearbeitungszeit für einen längeren Zeitraum (mind. 6 Monate) i. S. d. Satz 4, so soll der Prüfungsausschuss einen krankheitsbedingten Abbruch der Bearbeitung prüfen mit der Folge, dass die Masterarbeit nach Wegfall der Krankheit mit einem neuen Thema neu anzumelden ist. ⁶Sätze 4 und 5 gelten entsprechend in Fällen, in denen die bzw. der Studierende aus schwerwiegenden, nicht in ihrer bzw. seiner Risikosphäre liegenden und nicht von ihr bzw. ihm zu vertretenden Gründen, an der Bearbeitung der Masterarbeit gehindert ist.

(5) ¹Das Thema der Master Thesis kann nur einmal und nur aus triftigen Gründen und mit Einwilligung der bzw. des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zurückgegeben werden. ²Andernfalls wird die Masterarbeit bei Rückgabe des Themas mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet; sie gilt als abgelehnt.

(6) ¹Die Master Thesis wird in englischer Sprache abgefasst. ²Die Master Thesis enthält am Ende eine Zusammenfassung der Ergebnisse. ³Die Master Thesis muss mit einer Erklärung der bzw. des Studierenden versehen sein, dass die Arbeit selbst verfasst wurde und keine anderen als die darin angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden. ⁴Je ein gebundenes sowie ein elektronisches, maschinenlesbares Exemplar der Arbeit (USB-Stick der CD als Speichermedium) ist bei der Betreuerin bzw. dem Betreuer sowie bei der Zweitgutachterin bzw. dem Zweitgutachter abzuliefern; die entsprechenden Bescheinigungen müssen das Datum der Abgabe dokumentieren. ⁵Wird die Master Thesis nicht fristgerecht abgegeben, wird sie mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet; sie gilt als abgelehnt.

(7) ¹Die Arbeit muss von zwei Prüfenden innerhalb von sechs Wochen nach der Abgabe beurteilt werden. ²Erstgutachterin bzw. Erstgutachter ist die Betreuerin bzw. der Betreuer nach Abs. 3, soweit nichts anderes bestimmt ist. ³Beide Gutachterinnen bzw. Gutachter vergeben dabei jeweils zwei Noten nach § 22 Abs. 1; jeweils eine Note für das wissenschaftliche Arbeiten und eine für das wissenschaftliche Schreiben. ⁴Aus den beiden Noten jeder Gutachterin bzw. jedes Gutachters nach Satz 3 wird eine Gesamtnote der jeweiligen Gutachterin bzw. des jeweiligen Gutachters anhand des arithmetischen Mittels beider Noten errechnet; es gelten § 22 Abs. 2 Satz 4 Halbsatz 2 und Satz 7.

(8) ¹Die Arbeit ist angenommen, wenn sie von beiden Gutachterinnen bzw. Gutachtern mit wenigstens „ausreichend“ beurteilt ist. ²Sie ist abgelehnt, wenn sie von beiden Gutachterinnen bzw. Gutachtern mit „nicht ausreichend“ bewertet ist. ³Bewertet eine Gutachterin bzw. ein Gutachter die Arbeit mit „nicht ausreichend“, die bzw. der andere mit wenigstens „ausreichend“, so wird vom Prüfungsausschuss eine dritte Bewertung und Notenvergabe durch eine bzw. einen Prüfenden gemäß § 11 veranlasst. ⁴In diesem Fall ist die Bewertung der Arbeit „nicht ausreichend“, wenn auch die dritte Note so lautet, andernfalls ist sie die schlechtere der beiden mindestens „ausreichend“ lautenden Noten.

(9) ¹Ist die Arbeit gemäß Abs. 8 Satz 1 angenommen und weichen die Bewertungen beider Gutachten um nicht mehr als zwei Notenstufen (1,0; 1,3; 1,7; ...) voneinander ab, so ist die Note der Arbeit das arithmetische Mittel der Noten beider Gutachten, wobei das Notenschema des § 22 Abs. 1 keine Anwendung findet; dabei wird eine Dezimalstelle nach dem Komma angegeben, weitere Stellen entfallen ohne Rundung. ²Weichen die Bewertungen beider Gutachten um drei oder mehr Notenstufen voneinander ab, bestellt die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses eine Drittgutachterin bzw. einen Drittgutachter; in diesem Fall gilt § 22 Abs. 2 Satz 4.

(10) ¹Ist die Master Thesis abgelehnt oder gilt sie als abgelehnt, so kann sie einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. ²Die bzw. der Studierende sorgt dafür, dass sie bzw. er innerhalb von zwei Monaten nach der Bekanntgabe der Ablehnung ein neues Thema für die Wiederholung der Master Thesis erhält; andernfalls gilt die Master Thesis als endgültig nicht bestanden. ³Für die Wiederholung der Master Thesis gelten die Abs. 1 und Abs. 2 Satz 3 sowie Abs. 3 und 4 sowie 6 bis 9 entsprechend; eine Rückgabe des Themas ist ausgeschlossen.

III. Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 32 Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

(1) ¹Diese Studien- und Prüfungsordnung tritt am 1. April 2026 in Kraft. ²Sie gilt für alle Studierenden, die das Studium ab dem Wintersemester 2026/2027 aufnehmen werden. ³Vorbehaltlich der Regelung in Satz 4 gilt sie für Prüfungen, die ab dem Wintersemester 2026/2027 durchgeführt werden, ebenfalls für Studierende, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens bereits nach der Studien- und Prüfungsordnung für den Elitemasterstudiengang Integrated Immunology (ilmmune) an der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) – FPO ilmmune – vom 19. März 2018 in der Fassung vom 18. Juli 2022, 31. Juli 2022 oder 26. September 2024 studieren. ⁴Für Studierende im Sinne des Satz 3 gilt diese Studien- und Prüfungsordnung mit der Maßgabe, dass diese Studierenden das Modul II-MA-M2 (Basic Immunology Laboratory Course) bzw. II-MA-M4 (Infectious Disease Immunology) bzw. II-MA-M5 (Infectious Disease Immunology Laboratory Course) nur dann in der Fassung dieser Studien- und Prüfungsordnung absolvieren, sofern sie sich in dem jeweiligen Vorgänger-Modul II-MA-M2 (Integrated Laboratory Course) bzw. II-MA-M4 (Translational Immunology) bzw. II-MA-M5 (Integrated Laboratory Course) gemäß FPO ilmmune vom 19. März 2018 nicht bereits in einem laufenden Prüfungsverfahren befinden (Erstversuch); im Übrigen absolvieren sie die Module gemäß der bisher für sie geltenden Fassung der FPO ilmmune.

(2) ¹Die Studien- und Prüfungsordnung für den Elitemasterstudiengang Integrated Immunology (ilmmune) an der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) – FPO ilmmune – vom 19. März 2018, zuletzt geändert durch Satzung vom 26. September 2024, tritt mit Wirkung zum 31. März 2028 außer Kraft. ²Prüfungen nach der in Satz 1 genannten FPO ilmmune werden letztmals im Wintersemester 2027/2028 angeboten.

IV. Teil: Anlagen

Anlage 1: Qualifikationsfeststellungsverfahren gemäß § 2

(1) ¹Das Qualifikationsfeststellungsverfahren dient dem Nachweis der Kenntnisse und der Befähigung zum wissenschaftlichen Arbeiten, um den interdisziplinären Elitemasterstudiengang Integrated Immunology erfolgreich abschließen zu können. ²Es wird bei Bedarf, mindestens jedoch einmal pro Jahr vor Beginn der allgemeinen Vorlesungszeit zum Wintersemester durchgeführt. ³An diesem Qualifikationsfeststellungsverfahren dürfen zur Gewährleistung eines zügigen weiteren Studiums auch Bewerberinnen und Bewerber teilnehmen, die unmittelbar vor Abschluss ihres Bachelorstudiums bzw. des Dritten Abschnitts der Ärztlichen Prüfung bzw. der Tierärztlichen Prüfung stehen.

(2) ¹Der Antrag auf Zugang zum Qualifikationsfeststellungsverfahren ist in einem auf der Homepage des Studiengangs bekannt gegebenen Zeitraum gemäß Satz 2 über das Bewerbungsportal der FAU zu stellen. ²Bewerbungen zum Wintersemester sind entweder in der Zeit vom 15. Februar bis zum 31. Mai eines jeden Jahres oder vom 15. April bis zum 15. Juli eines jeden Jahres möglich. ³Die in Satz 2 genannten Start- und Endzeitpunkte für die Bewerbungsphase können auch anderweitig untereinander kombiniert werden; davon abweichende Start- und Endzeitpunkte können nicht gewählt werden. ⁴Dem Antrag sind beizufügen:

1. das Zeugnis über den Abschluss gemäß § 3 Abs. 1 (Zeugnis, Transcript of Records, Diploma Supplement oder vergleichbare Dokumente) bzw. ein Transcript of Records oder eine Notenbescheinigung über mind. 140 ECTS-Punkte bzw. ein Nachweis über den erfolgreichen Abschluss des Zweiten Abschnitts der Ärztlichen Prüfung bzw. der Tierärztlichen Vorprüfung im Falle des § 3 Abs. 4,
2. der Zulassungsantrag,
3. ein vollständiger und aktueller tabellarischer Lebenslauf in englischer Sprache,
4. Nachweis über Englischkenntnisse mindestens auf dem Niveau von Englisch Level B 2 (Common European Framework of Reference for Languages – CEFR) Vantage oder Upper intermediate oder vergleichbare Nachweise (insbesondere Nachweis des schulischen Englischunterrichts bis zur Niveaustufe B2 gemäß Gemeinsamem Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER) mit diesbezüglicher Zertifizierung im Zeugnis bzw. einer entsprechenden Bescheinigung der Schule oder Nachweis des erfolgreichen Test of English as a Foreign Language (TOEFL) mit mindestens 85 Punkten im iBT oder International English Language Testing System (IELTS) 5.5 oder höher); für Bewerberinnen und Bewerber, die ihre Hochschulzugangsberechtigung bzw. ihren ersten berufsqualifizierenden Abschluss in englischer Sprache erworben haben, ist kein Nachweis der englischen Sprachkenntnisse erforderlich, sofern sich das jeweilige Niveau aus den Abschlussdokumenten ergibt,
5. Nachweis einer laborpraktischen Bachelorarbeit oder einer mit einer solchen im Wesentlichen vergleichbaren wissenschaftlichen Arbeit über ein der Bewerberin bzw. dem Bewerber persönlich zugeteiltes und eigenständig durchgeführtes Projekt (selbstständige Durchführung der Laborarbeiten, Methodenauswahl, Recherche) im Umfang von 2-3 Monaten an einer Hochschule oder vergleichbaren Forschungseinrichtung.

6. Nachweis über Kenntnisse in den Fächern Zell- und Molekularbiologie und Mikrobiologie zur Beurteilung des Einschlägigkeit des Abschlusses nach Abs. 1,
7. Nachweis über theoretische Kenntnisse im Fach Immunologie im Umfang von mindestens 5 ECTS-Punkten und
8. ein Bewerbungsschreiben in englischer Sprache, in dem die Bewerberin bzw. der Bewerber ihre bzw. seine Qualifikation in Bezug auf das angestrebte Masterstudium darlegt.

⁵Der Nachweis nach Satz 4 Nr. 5 erfolgt durch das Transcript of Records des entsprechenden Bachelorstudiengangs bzw. im Falle einer vergleichbaren wissenschaftlichen Arbeit durch eine Zusammenfassung der Arbeit unter Nennung des Titels und der durchgeführten Methoden sowie einer Bestätigung der jeweiligen Einrichtung, in der das Projekt durchgeführt wurde; nicht ausreichend sind Laborrotationen während oder nach dem Studium oder Arbeiten in der Diagnostik oder Qualitätskontrolle, bei denen die Bewerberin bzw. der Bewerber kein ihr bzw. ihm persönlich zugeteiltes Projekt bearbeitet.

(3) ¹Die Feststellung der Qualifikation obliegt gemäß § 9 Abs. 4 dem Prüfungsausschuss des Masterstudiengangs. ²Der Prüfungsausschuss kann die Koordination und Durchführung des Verfahrens einzelnen von ihm beauftragten Mitgliedern übertragen, soweit nichts anderes bestimmt ist.

(4) ¹Der Zugang zum Qualifikationsfeststellungsverfahren setzt voraus, dass die in Abs. 2 und 3 genannten Unterlagen fristgerecht und vollständig vorliegen. ²Nicht form- und fristgerechte sowie unvollständige Anträge führen zum Ausschluss vom Qualifikationsfeststellungsverfahren. ³Mit den Bewerberinnen und Bewerbern, die die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, wird das Qualifikationsfeststellungsverfahren gemäß Abs. 6 durchgeführt. ⁴Bewerberinnen und Bewerber, die nicht zugelassen werden, erhalten einen mit Gründen und Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Ablehnungsbescheid.

(5) ¹Das Qualifikationsfeststellungsverfahren besteht aus einer Vorauswahl und einem Auswahlgespräch mit den dazu zugelassenen Bewerberinnen und Bewerbern. ²Im Vorauswahlverfahren entscheidet der Prüfungsausschuss anhand der eingereichten Unterlagen, ob die Bewerberin bzw. der Bewerber grundsätzlich geeignet ist, den Studiengang mit Erfolg abzuschließen. ³Bewerberinnen und Bewerber mit einem Abschluss im Sinne des Abs. 2 Satz 4 Nr. 1 i. V. m. § 3 bzw. im Falle des § 3 Abs. 3 einem Durchschnitt der bisherigen Leistungen von 2,50 (= gut) oder besser werden zu einem Auswahlgespräch eingeladen; § 13 Abs. 3 Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend. ⁴Das Auswahlgespräch soll zeigen, ob die Bewerberin bzw. der Bewerber den Anforderungen eines stärker forschungsorientierten Masterstudiums genügt und insbesondere, ob zu erwarten ist, dass sie bzw. er in einem solchen Studium selbstständig wissenschaftlich zu arbeiten versteht. ⁵Das Auswahlgespräch erstreckt sich auf folgende gewichtete Kriterien:

1. Sehr gute Kenntnisse der Grundlagen der Zellbiologie, der Molekularbiologie und der Genetik (50 %)
2. Sehr gute Kenntnisse im Bereich einer fachlichen Spezialisierung aus der Immunologie, Mikrobiologie oder Virologie (25 %)
3. Fähigkeit zum wissenschaftlich-analytischen Denken (bspw. Planung eines Kontrollexperiments anhand eines konkreten Beispiels; Extraktion von Ergebnissen aus

wissenschaftlichen Abbildungen oder Herstellen von folgerichtigen Schlussfolgerungen aus Einzelergebnissen) (25 %).

⁶Das Auswahlgespräch hat eine Dauer von ca. 15 Minuten. ⁷Das Auswahlgespräch kann mit Einverständnis der Bewerberin bzw. des Bewerbers auch bildtelefonisch stattfinden. ⁸Der Termin des Auswahlgesprächs wird der Bewerberin bzw. dem Bewerber spätestens eine Woche vorher bekannt gegeben. ⁹Ist die Bewerberin bzw. der Bewerber aus von ihr bzw. ihm nicht zu vertretenden Gründen an der Teilnahme verhindert, so kann auf begründeten Antrag ein Nachtermin bis spätestens zwei Wochen vor Vorlesungsbeginn anberaumt werden. ¹⁰Das Auswahlgespräch wird als Einzelprüfung von zwei Mitgliedern der Auswahlkommission nach § 9 Abs. 4 Satz 2 durchgeführt, die vom Prüfungsausschuss bestellt werden. ¹¹Für die Bewertung des Auswahlgesprächs gelten §§ 19 Abs. 2 und 20 Abs. 1 und 2 Sätze 1, 4 und 6. ¹²Die Prüfenden des Auswahlgesprächs erstellen ein gemeinsames Protokoll über den Ablauf der Prüfung gemäß § 20 Abs. 3 und geben eine Empfehlung an den Prüfungsausschuss über die Gewährung oder Ablehnung des Zugangs zum Studium ab, aus der sich die tragenden Gründe für die Empfehlung ergeben. ¹³Der Prüfungsausschuss entscheidet auf Basis der Bewertung des Auswahlgesprächs und der Empfehlung nach Satz 12 über das Bestehen bzw. Nichtbestehen des Qualifikationsfeststellungsverfahrens insgesamt. ¹⁴Im Falle des Bestehens entscheidet der Prüfungsausschuss darüber, ob der Zugang mit Auflagen gemäß § 3 Abs. 2 verbunden wird. ¹⁵Im Falle des Nichtbestehens gilt die Bewerberin bzw. der Bewerber als nicht geeignet und wird nicht in den Masterstudiengang aufgenommen.

(6) ¹Wer nach dem Ergebnis des Qualifikationsfeststellungsverfahrens nicht ins Masterstudium aufgenommen ist, erhält einen mit Gründen und Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Ablehnungsbescheid. ²Eine erneute Teilnahme am Qualifikationsfeststellungsverfahren auf Basis der bereits bei der ersten Bewerbung eingereichten Unterlagen ist nicht möglich.

(7) Die eigenen Kosten, die den Bewerberinnen bzw. Bewerbern aufgrund der Teilnahme am Qualifikationsfeststellungsverfahren entstehen, tragen diese selbst.

(8) Die Bestätigung über das bestandene Qualifikationsfeststellungsverfahren hat unbeschränkte Gültigkeit, sofern sich der Masterstudiengang nicht wesentlich geändert hat.

Anlage 2: Studienverlaufsplan für den Masterstudiengang (MSc) "Integrated Immunology"

Code	Modul	Kurs	SWS				Gesamt-ECTS	Workload-Verteilung in ECTS				Art/Umfang der Prüfung	Faktor
			V	Ü	P	S		1. Sem.	2. Sem.	3. Sem.	4. Sem.		
II-MA-M1	Basic Immunology ¹⁾	Lectures in Basic Immunology	3				10	2,5				PL: Klausur 90 Minuten	1
		Tutorials to Basic Immunology		5				5					
		Seminar to Basic Immunology				3		2,5					
II-MA-M2	Basic Immunology Laboratory Course	Basic Immunology Laboratory Course			10		10	8				SL: ca. 20-minütiges Referat oder 5-10-seitiges Protokoll ¹⁾	0
		Tutorials to Basic Immunology Laboratory Course		2				2					
II-MA-M3	Cell- and Molecular Biology ¹⁾	Lectures in Cell- and Molecular Biology	3				5	2,5				PL: Klausur 60 Minuten	1
		Tutorials to Cell- and Molecular Biology		3				2,5					
II-MA-M4	Infectious Disease Immunology ¹⁾	Lectures in Infectious Disease Immunol-	3				10		2,5			PL: Klausur 90 Minuten	1
		Tutorials to Infectious disease Immunology			5				5				
		Seminar to Infectious Disease Immunology				3			2,5				
II-MA-M5	Infectious Disease Immunology Laboratory Course	Infectious Disease Immunology Labora-			10		10		8			SL: Referat, 20 Min. und Protokoll, 5 Seiten sowie Referat, 20 Min. und Protokoll, 5 Seiten	0
		tory Course							2				
II-MA-M6	Clinical Immunology ²⁾	Lectures in Clinical Immunology	2				5		2,5			PL: Klausur, 45 Minuten	1
		Tutorials Clinical Immunology			2				2,5				
II-MA-M7	Practical Project Work	Laboratory Rotations including International Laboratories			15		15			15		SL: Bericht (1 Seite) und Referat (15 Min.)	0
	Theoretical Project Work	Theoretical Project Work			10		10						1

II-MA-M8		Seminar to Project Work			2					PL: schriftliche Ausarbeitung, 25 Seiten (100 %)	
II-MA-M9	Softskills ³	Imaging, Bioinformatics, Animal Sciences, Genetic Engineering, Clinical Study Design, Language Courses		2	2	10	5	5		SL: ³⁾	0
II-MA-M10	Becoming a Scientist ⁴⁾	Winter School, International Meetings, Good Scientific Practice, Internal Retreat			5			5		SL: ⁴⁾	0
II-MA-M11	Master Thesis	Master Thesis			30				30	PL: Masterthesis, 75 Seiten <u>und</u> SL: wiss. Verteidigung	1
Summe SWS bzw. ECTS-Punkte			11	17	49	10	120	30	30	30	
			87								

- ¹⁾ Art und Umfang der Prüfung sind abhängig vom konkreten didaktischen Charakter des Moduls im jeweiligen Semester und der Modulbeschreibung zu entnehmen.
- ²⁾ Vorlesungen der Module offen für Studierende aus anderen Masterstudiengängen (Integrated Life Sciences, Master Molekular- und Zellbiologie, Molecular Sciences).
- ³⁾ Wählbar aus dem Bereich der Softskills der NatFak, TechFak und MedFak. Art und Umfang der Prüfung sind abhängig vom konkreten didaktischen Charakter des von der bzw. dem Studierenden gewählten Moduls und der jeweils einschlägigen (**Fach-)Studien- und Prüfungsordnung** bzw. der jeweiligen Modulbeschreibung zu entnehmen. Als mündliche Prüfungsleistungen werden bspw. Seminarvorträge (30 min) oder als schriftliche Prüfungsleistung das Schreiben eines Essays (10 Seiten) durchgeführt.
- ⁴⁾ Das Modul beinhaltet mehrere jeweils anwesenheitspflichtige Lehrveranstaltungen, u.a. einen aktiv gestalteten Workshop. Die Studierenden bauen im Rahmen der verschiedenen Veranstaltungen ihre kommunikativen, organisatorischen und sozialen Kompetenzen aus. Die Prüfung besteht aus einem 2 bis 5-seitigen Bericht zum Inhalt der wissenschaftlichen Tagung.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der FAU am 21. Januar 2026,
und der Genehmigung durch den Präsidenten oder seiner Stellvertretung vom
13. Februar 2026

Erlangen, den 13. Februar 2026

FAU

gez.

Prof. Dr.-Ing. Joachim Hornegger, Präsident

Diese Satzung wurde am 13. Februar 2026 digital auf der Internetseite

<https://www.fau.de/fau/rechtsgrundlagen/amtliche-bekanntmachungen/> amtlich veröf-
fentlicht. Eine mit Genehmigungs- und Bekanntmachungsvermerk versehene Ausfer-
tigung der Satzung wurde am 13. Februar 2026 in der im Referat L 1 der Zentralen
Universitätsverwaltung, Halbmondstraße 6-8, Zimmer Nr. 02.033 niedergelegt und
liegt zur Einsicht während der Dienststunden bereit.

Tag der Bekanntmachung ist daher der 13. Februar 2026